

Bezahlt wird nicht

Durch Lohndumping und einen zu niedrigen Euro-Kurs verschafft sich Deutschland Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer Länder, die die protektionistischen Maßnahmen Trumps damit in einem anderen Licht erscheinen lassen

Jedes Jahr aufs Neue. Wohl niemand wird bestreiten, dass es in Sachen Tarifverhandlungen ziemlich ritualisiert zugeht. Auch dieses Jahr, dazu braucht es keine prophetische Gabe, wird bei der Forderung nach 6 Prozent zum Schluss wohl eine vier vor dem Komma stehen. Dass das kein Automatismus ist, sei akzeptiert und dass es dazu eines gewissen Muskelspiels bedarf, das sich sinnfälligerweise den gewerkschaftlichen Part angeht, auf der Straße zeigen muss, ist unumstritten.

Bei allem Engagement, das viele Kolleg_innen immer wieder zeigen – hier in Hamburg alle im Erziehungsbereich Tätigen oder die Lehrerkolleg_innen in denjenigen Bundesländern, in denen es im Bildungsbereich überwiegend Beschäftigte im

Angestelltenverhältnis gibt, also neben Berlin die meisten neuen Bundesländer –, sei angemerkt, dass die Ergebnisse in den letzten Jahren nicht dazu geführt haben, dass die Verteilung der Einkommen sich insgesamt zugunsten der abhängig Beschäftigten entwickelt hat. Abzulesen ist dies, auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen, an der so genannten Lohnquote (die komplementäre Größe sind dann die Gewinne der Unternehmen). Sie gibt an, welchen Anteil die Löhne am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen ausmachen. Auch wenn der Anteil der Löhne in den letzten Jahren wieder etwas gestiegen ist (Abb. 1), so zeigt sie deutlich den Verfall in den Jahren davor. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen für den immensen Exportüber-

schuss, der seit geraumer Zeit die deutsche Wirtschaft kennzeichnet. Und was sich bei uns in der Handelsbilanz als Überschuss zeigt, bildet sich 1:1 bei den übrigen Handelspartnern als Defizit ab (Abb. 2). Dies gilt sowohl für die Länder innerhalb, aber auch für die außerhalb der EU. Bei Letzteren kommt aber hinzu, dass neben dem, was die betroffenen Länder nicht unberechtigt Lohndumping nennen, der Euro-Kurs nicht die Stärke der deutschen Wirtschaft abbildet, sondern dieser sich ja aus dem Mix aller in der EU beteiligten Volkswirtschaften – also der schwachen wie der starken – ergibt. Hätte Deutschland noch die D-Mark, hätte ein sich in die Höhe entwickelnder Kurs längst als Korrektiv gewirkt. (Um die von Deutschland gekauften Pro-

Kein Naturgesetz

Wie kommt eigentlich eine Forderung wie „6 Prozent mehr Lohn“ zustande? Grob lassen sich drei Einflussfaktoren nennen: Die Preissteigerungsrate, der Produktivitätsanstieg und eine Umverteilungskomponente. Die Höhe Letzterer ist wohl maßgeblich von der Kampfkraft der Gewerkschaften abhängig. Deswegen ist es sicherlich klug, wenn zu Beginn einer Tarifrunde die Gewerkschaft mit der größten Kampfbereitschaft, die wiederum maßgeblich von der Höhe des Organisationsgrades abhängt, versucht, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Nicht ohne Grund ist das in Deutschland die IG-Metall als größte Einzelgewerkschaft der Welt, die mit ihrem Verhandlungsergebnis jeweils eine Orientierungsgröße für die nachfolgenden Tarifrunden in anderen Branchen setzt.

Nun könnte man einwenden, dass die IG-Metall in den letzten Jahren diese Führungsrolle nicht in dem Maße wahrgenommen hat, wie es die Verhandlungsspielräume zugelassen hätten. Zur Ehrenrettung sei aber gesagt, dass die drei oben genannten Parameter, die die Höhe der Lohnforderung bestimmen, immer nur auf die Zukunft bezogene Annahmen sein können. Wenn also die Wirtschaft besser läuft als angenommen, erweist sich im Nachhinein der Lohnabschluss als zu niedrig (umgekehrt/umgekehrt). Auf diese Weise ergibt sich auf lange Sicht immer eine tendenziell antizyklische Entwicklung von Gewinn- und Lohneinkommen.

Aber schlussendlich sind dies alles keine Naturgesetze. Entscheidend ist und bleibt, mit wie viel Kampfgeist die Arbeitnehmer_innen bereit sind, ihre Interessen wahrzunehmen. JG

dukte zu bezahlen, müssten die Käufer D-Mark auf dem Devisenmarkt nachfragen, was den Kurs steigen ließe. Deutsche Produkte wären dann auf dem Weltmarkt um Einiges teurer und somit sicherlich nicht mehr in dem Maße nachgefragt, wie es jetzt der Fall ist. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Schweiz, die 2011 ihren Kurs zu Zeiten der Finanzkrise wegen der Flucht in den Franken eine Zeitlang deckeln musste, um einen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu retten.)

Aus diesem Grund ist Trump recht zu geben, wenn er nun die Europäer – und damit vornehmlich die Deutschen – mit der Androhung von Strafzöllen unter Druck setzt. Und das fast schon Absurde dabei ist, dass andere Länder in der EU dies auch als für sie entlastend betrachten dürften. Auch wenn dies aus taktischen Gründen nicht offen gesagt wird, so sprechen die objektiven Daten dafür. Denn unter dem Lohndumping der Deutschen ächzen nicht wenige Partnerländer in der EU. Gäbe es da nicht die starken Finanzhilfen der EU, die diese Ungleichgewichte etwas mildern, wäre die Kritik an den Deutschen deutlich schärfer. Als stärkster Nettozahler in der EU erkaufte Deutschland sich also auf diese Weise etwas Wohlwollen.

Was sollte die deutsche Politik jetzt machen? Eingewendet wird immer, dass es ja die hohe Qualität der deutschen Produkte sei, die die starke Nachfrage nach selbigen verursache. Selbst wenn dies eine Rolle spielte, so würde dieses Image doch ein wenig entzaubert, wenn die Produkte 20 oder 30 Prozent teurer wären. Mit anderen Worten: die Verhältnisse schreiben danach, Maßnahmen einzuleiten, um zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen. Nicht nur, weil dies eigentlich eine offizielle wirtschaftspolitische Zielsetzung seit den 1970-

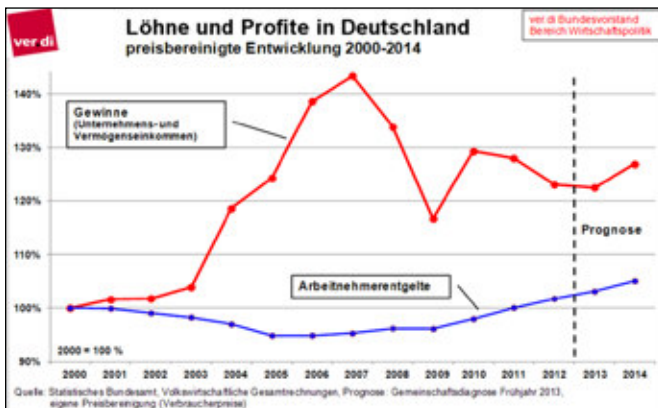


Abb. 1: Die gegenwärtige leichte Erholung der Lohnquote gleicht die Defizite der Vergangenheit nicht aus.



Abb. 2: Die Leistungsbilanz fasst die Handels- und Dienstleistungsbilanz zusammen. Wenn die Deutschen nicht so freudig ins Ausland reisen würden (Dienstleistungen), wäre der Überschuss noch deutlich größer.

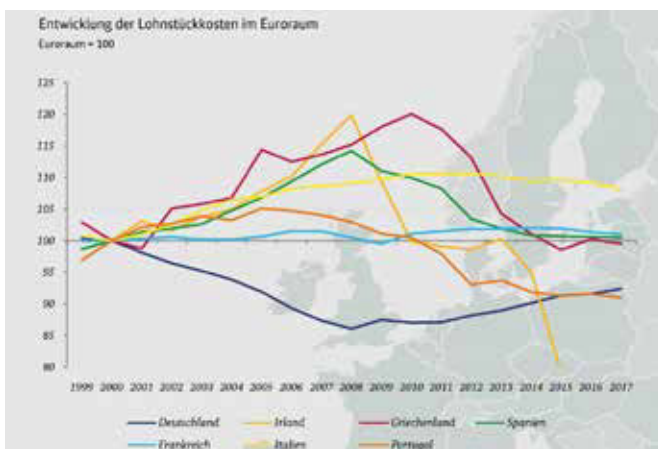


Abb. 3: Musterschülerin Frankreich: Das einzige Land, das sich an die Vorgaben gehalten hat, indem es seine Löhne an den Produktivitätsfortschritt anpasste, war Frankreich. Deutschland ragt heraus mit seinem Lohndumping. (Die Veränderung der Lohnstückkosten, der Anteil der Löhne pro produzierter Einheit, ist der bekannteste Indikator für die Produktivitätsentwicklung.)

Arme Amerikaner?

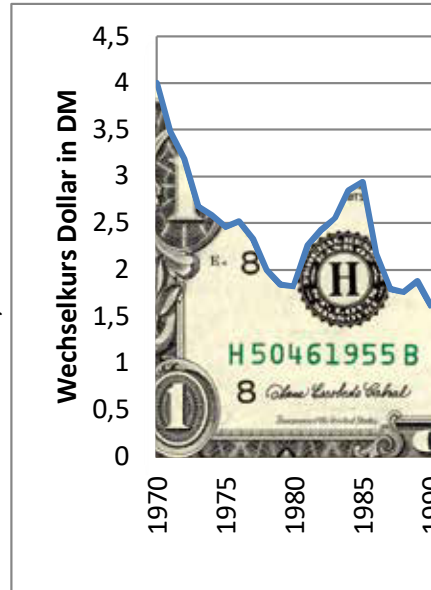
Nun könnte man aufgrund der Trump'schen Auftritte fast Mitleid mit den US-Amerikaner_innen entwickeln. 30 Jahre geht das nun schon, dass sich deren Auslandsschuld erhöht. Jeder Dollarschein im Besitz eines Nicht-US-Bürgers oder -Bürgerin ist eine Forderung an das Land. ‚Wir‘ sind also in einem hohen Maße Gläubiger_innen. Da steckt das Wort ‚Glauben‘ drin. D. h. wir *glauben* lediglich, dass wir das Geld irgendwann mal wiedersehen. Sicher ist das eben nicht. Da hat es in der Geschichte der Kreditvergabe schon viele Enttäuschungen gegeben. Jüngstes Beispiel: die HSH-Bank. Die glaubte auch lange Zeit, das Geld, das sie den Reedern geliehen hatte, damit diese Schiffe kaufen konnten, wieder zu bekommen. Nun sitzt der Staat auf diesen ‚faulen‘ Krediten, vornehm nennt man das jetzt NLP's (Non-performing-Loans). Hier glauben nur noch Wenige daran, dass wir, also die Allgemeinheit, davon je wieder etwas zu sehen bekommen. Das nennt man dann ‚uneinbringliche Forderung‘, vornehm: ‚unrecoverable claims‘.

‚Uneinbringlich‘ werden die hohen Dollar-Devisen-Bestände, die die Deutschen besitzen, wohl nicht werden. Aber es ist gar nicht so lange her, in den 1970-er Jahren nämlich, dass die USA sich einen Teil des Vietnamkrieges von all jenen nachträglich finanziert haben lassen, die unerschütterlich an die Stabilität des Dollars geglaubt hatten. Bis 1971 galt ein System der festen Wechselkurse (Abkommen von Bretton Woods von 1944), bei dem die Zentralbanken nur dann interve-

nierten, wenn der Kurs außerhalb einer bestimmten Bandbreite nach oben oder unten abzudriften drohte. Zudem garantierten die USA, jeden Dollar jederzeit in eine bestimmte Menge Gold umzutauschen (1 Feinunze Gold für 35 \$). Als Frankreich seine Dollarbestände in Gold materialisieren wollte – de Gaulle ließ ein Kriegsschiff zwecks Abholung des Goldes starten –, blieb dem damaligen Präsidenten Nixon nichts anderes übrig, als diese Garantie am 15. August 1971 aufzukündigen.

Nachdem also klar war, dass die USA ihre Auslandsschulden gar nicht mehr bezahlen konnten, gab man dieses System auf zugunsten eines frei floatierenden, heißt: ab sofort wurde der Kurs nur noch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Aufgrund des riesigen Angebots an Dollar, die während des Vietnamkriegs gedruckt worden waren, schnurrte der Kurs in den Folgejahren auf nahezu die Hälfte zusammen. Hät-

te man die Dollars mit Wechselkurse in D-M



Soviel Deutsche Mark musste man jeweils für einen Dollar besaß, erzielte man bei Umtausch diesen DM-Bestand im Jahr 2001/2002 im Verhältnis 2:1 drückte sich im Kurs aus. Um die Grafik konsequent zu Ende führen zu können, müsste man die Grafik bis zum Jahr 2001 bei einem Euro-Kurs von 1.06, den DM-Kurs ab diesem Jahr ablesen kann, müssen, um auf den aktuellen Kurs zu kommen.

man 1970 noch 4,00 Dollar bekommen. Zehn Jahre später nur noch DM 1,84. Die Deutsche Mark, die ihre Dankschuld nicht nur in Gold an den Staat, sondern in mittel- und langfristigen US-Rentenfonds etc.

Foto: Wikipedia



er Jahren ist, sondern weil sich die übrige Welt – und dies gilt ganz besonders auch für die Mitgliedsländer der EU – diese Art der Vorteilsnahme langfristig nicht länger gefallen lassen wird.

Der ehemalige Staatssekretär

unter dem Finanzminister Lafontaine und spätere Chefökonom der UN-Handels- und Entwicklungsorganisation UNCTAD, Heiner Flassbeck, schlägt deshalb neben deutlich höheren Lohnabschlüssen eine exorbitan-

Heiner Flassbeck traktiert das Thema Lohndumping der Deutschen seit Jahren. Er war von 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und von Januar 2003 bis Ende 2012 Chef-Volkswirt (Chief of Macroeconomics and Development) bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. (s. auch sein Portal flassbeck-economics)

noch zu Zeiten fester Mark getauscht, hätte

später nur noch die Hälfte des ursprünglich eingesetzten



inen Dollar bezahlen oder wenn man Dollars Betrag. Mit der Umstellung der DM auf den Euro dies in einem jeweils zu doppelnden Euro Jahren zu können, haben wir deshalb für das Jahr s von 2,12 abgetragen. D. h. die Werte, die man den Euro-Wechselkurs zu kommen, halbiert

Mark für einen Dol- n Jahre später gab's Das heißt, die Bun- ollardevisenreserven legt, sondern in mit- n US-Staatsanleihen, e., erlöste 10 Jahre

dies, wie der irakische Diktator Sad- dam Hussein, infrage stellte, musste aus dem Weg geräumt werden. Das gleiche Schicksal – ohne Verschwörungstheorien aufsitzen zu wollen –, das Jahre später aus gleichem Grund Libyens Machthaber Gaddafi ereilte.

Geldes. Ein gutes Ge- schäft für die US- Amerikaner innen! Dieses Geschäft floriert bis heute, weil sie es trotz des eigentlich damit einhergehenden Vertrauensverlustes geschafft haben, den Dollar als Leitwäh- rung zu erhalten. Dies wiederum ist das ‚Verdienst‘ des damaligen US-Au- ßenministers Henry Kissinger. Der näm- lich versprach nach der Aufgabe der Nixon’schen Gold- Einlöse-Garantie den Saudis als größ- tem Öllieferanten der Welt militäri- schen Schutz gegen die Verpflichtung, dass diese ihr Öl nur gegen Dollars veräußern dürften. Der *Petro-Dollar* war geboren. Wer

Der Satz „Die Amerikaner innen le- ben über ihre Verhältnisse“ enthält des- halb keine falsche Aussage, bloß dass sie, solange der Dollar die Leitwährung bleibt, ziemlich sicher sein können, dass ihre Schulden, wenn’s drauf ankommt, schrumpfen. Damit kann man scheinbar gut leben, aber nicht ganz ohne Risiko. Damit es nicht zu erratischen Schocks an den Börsen kommt, muss Trump einen etwaigen plötzlichen Verfall des Außen- werts des Dollars durch seine jetzt einge- leiteten protektionistischen Maßnahmen weich auffangen. Sprich: durch den Ver- such, das Handelsbilanzdefizit zu ver- ringern, versucht er, nicht nur bestimmte heimische Industrien wieder zum Leben zu erwecken, sondern er schützt damit zugleich den Kurs vor einem Abrutschen auf einen Wert, der das gesamte System vor dem Einstürzen retten soll.

Sollten also die Chinesen als die größ- ten Kreditgeber der USA auf die Idee kommen, ihre gigantischen Dollargut- haben irgendwie umwechseln zu wollen (siehe Grafik nächste Seite), dürfte ein ähnlicher, wahrscheinlich aber noch dra- matischerer Preisverfall des Dollars zu verzeichnen sein als damals in den 1970- er Jahren. Keine guten Aussichten, auch für die Deutschen!

Ein bisschen erinnert das Ganze an ein Stück des italienischen Kulturschaffenden und Literatur-Nobelpreisträgers Dario Fo. Der betitelte seine anarchistisch angehauchte gesellschaftskritische Ko- mödie mit: „Bezahlt wird nicht!“

JOACHIM GEFFERS

te Erhöhung der Staatsausgaben vor, um damit die Binnennach- frage zu steigern. Auf diese Wei- se könne man durchaus den ho- hen Beschäftigungsstand erhal- ten und gleichzeitig ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit erzie- len. Flassbeck in der TAZ vom 17.3.2018: „Deutschland braucht viel schneller steigende Löhne, nämlich fünf Prozent pro Jahr (real, JG) fünf Jahre lang. Und ein massives öffentliches Investitionsprogramm, schuldenfinan-

ziert natürlich, 100 Milliarden Euro pro Jahr. Dann“, so Flass- beck, „sind die Amis (und dies gilt uneingeschränkt auch für die Länder der EU, JG) zufrieden, dann ist das Thema durch.“

Ob denn mit einer solchen Zauberformel die Probleme aus der Welt geschafft wären, sei mal dahingestellt. Eine Kehrtwende in der Lohn- und Finanzpolitik ist auf jeden Fall von Nöten. Dass diese Meinung im politi- schen Diskurs so unbedeutend

ist, liegt sicherlich daran, dass zurzeit die Vorteile der Export- überschüsse im Interesse sowohl der Arbeitgeber als auch der Gewerkschaften liegen. Aber es ist ein Spiel mit dem Feuer und wie fragil diese Politik ist, zei- gen zumindest die Reaktionen aller Beteiligten anlässlich der Trump’schen Offensive in Sa- chen Strafzölle.

JOACHIM GEFFERS